



## Pressemitteilung

### **Michael Schrodi: „Wir müssen geflüchteten Menschen und den Kommunen bei den Integrationsaufgaben helfen, nicht sie politisch instrumentalisieren“**

Olching, 23.01.2023

**Michael Schrodi, MdB**

Ilzweg 1  
82140 Olching  
Telefon: +49 8142 501 0589  
Fax: +49 8142 501 3962  
michael.schrodi.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Otto-Wels-Haus  
Raum: 5.027  
Telefon: +49 30 227-77541  
Fax: +49 30 227-70541  
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

**Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstfeldbruck, zeigt sich irritiert über eine Pressemitteilung des Landratsamtes Dachau vom vergangenen Freitag. „Bis heute liegt mir weder ein Schreiben vor, noch hat mich der Landrat anderweitig kontaktiert“, wundert sich Schrodi. Zudem werden in dem Schreiben Personen mit aus dem Zusammenhang gerissenen Worten zitiert, die deshalb nicht zitiert werden wollten.**

„Die Frage einer humanen Unterbringung der vor allem aus der Ukraine stammenden Kriegsflüchtlinge sowie die Unterstützung der Kommunen und der Helferkreise bei der Integrationsaufgabe sind ernste Themen. Alle Beteiligten sollten Abstand davon gewinnen, sie auf dem Rücken der Geflüchteten zu instrumentalisieren und sich selbst zu profilieren“, warnt Michael Schrodi. Vielmehr müsse mit Empathie für die Menschen und nüchterner Klarheit in der Sache an guten Lösungen gearbeitet werden.

Vergangene Woche hatte der Vierkirchener Bürgermeister Harald Dirlenbach zu einem runden Tisch zum Thema Asyl eingeladen, weil in seiner Gemeinde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. Angesichts der bevorstehenden Aufnahme weiterer Flüchtlinge eine schwierige Situation. „In der Pressemitteilung des Landratsamtes werden jedoch keine Lösungsvorschläge angeboten, es wird vielmehr suggeriert, dass die Probleme nicht mehr zu stemmen seien. Das wird der Situation nicht gerecht“, erklärt Schrodi, „dieses unkooperative Vorgehen demotiviert die Helferkreise.“

Was wir erleben, sind gerade keine hohen illegalen Zuwanderungszahlen an den europäischen Außengrenzen. Gerade einmal 158 000 Menschen sind im vergangenen Jahr über Griechenland, Spanien oder Italien in die EU eingereist. Das Jahr 2022 war jedoch ein historisches Jahr der Flucht: Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine wurden unzählige Menschen



gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Insgesamt 4,7 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer stellten Anträge auf temporären Schutz. „Wir haben die Verantwortung, Geflüchteten vor Terror, Gewalt und Krieg Schutz zu bieten“, betont Schrodi, merkt aber auch an: „Die Aufnahmebereitschaft ist jedoch nicht überall in Europa gleich groß. Polen hat 1,5 Millionen Menschen aufgenommen, Tschechien mit 460 000 gemessen an der Einwohnerzahl die meisten. Frankreich hingegen hat lediglich 118 000 Ukrainerinnen und Ukrainer beherbergt. Das ist zu wenig.“

Beim Blick auf die Staaten, die mehr ukrainische Geflüchtete aufgenommen haben, fällt eines auf: Polen, Tschechien, aber auch Irland haben Bürgerinnen und Bürger, die Wohnraum zur Verfügung gestellt haben, auch finanziell unterstützt und so Anreize gesetzt. „Wir geben als Bund für die Jahre 2022 und 2023 6,25 Milliarden Euro an die Länder zur Unterstützung im Zusammenhang mit der Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine. Wir haben zudem bereits Plätze für mehr als 68 000 Menschen in Bundesimmobilien bereitgestellt.“

„Der Freistaat Bayern wäre gut beraten, mit ähnlichen finanziellen Anreizprogrammen die Bereitschaft zur privaten Unterbringung zu erhöhen“, sagt Schrodi. Zudem habe eine jüngst veröffentlichte Studie gezeigt, dass es ein großes Potenzial nicht vermieteten Wohnraums im Landkreis Dachau gibt. Hier gelte es nun daran zu arbeiten, dieses Potenzial auch zu heben – für Geflüchtete genauso wie für einheimische Wohnungssuchende.

„In der aktuellen Erklärung heißt es, dass die zuständigen Mandatsträger aus Landtag und Bundestag zu einem Gespräch eingeladen werden sollen. Ich stehe sehr gerne für konstruktive Gespräche bereit. Bisher hat mich diese Einladung aber nicht erreicht. In der eilig veröffentlichten Erklärung heißt es, es bestehe dringender Handlungsbedarf. Das sehe ich auch so“, bekräftigt Michael Schrodi. Hierzu sei es aber nicht hilfreich, dass in der Presseerklärung des Landratsamtes ein Asylhelfer zitiert wird, obwohl dieser darum gebeten hatte, nicht zitiert zu werden – weil seine Aussage völlig aus dem Zusammenhang gerissen sei.

Schrodi selbst habe im vergangenen Jahr auch schon die Erfahrung machen müssen, dass informelle Treffen im Landratsamt dazu genutzt werden, allein die Position des Landratsamtes zu stärken und andere Äußerungen bewusst wegzulassen. Eine konstruktive Auseinandersetzung mit den aufgeworfenen Fragen zu den Themen Flüchtlingspolitik und



Unterstützung der Kommunen und ehrenamtlichen  
Helferkreise sei so nicht zu führen.